

Von Rainer Stadler

München – Angelika Zegelin, 71, war kürzlich im Krankenhaus. Nach einem Sturz zu Hause musste sie operiert werden, bekam ein neues Hüftgelenk. Die Operation verlief gut, ein Routineeingriff, täglich hundertfach praktiziert in deutschen Kliniken. Die Probleme begannen nach der OP, als sie zur Nachsorge auf Station lag, zwei Wochen lang.

Zegelin lebt in Dortmund, sie ist eine der bekanntesten Pflegewissenschaftlerinnen des Landes. Sie machte mit 17 Jahren eine Ausbildung zur Krankenschwester, studierte später Erziehungswissenschaften, wurde Professorin und drückte der Pflege ihren Stempel auf. Offensichtlich wusste das niemand in dem Krankenhaus, die Pflegekräfte behandelten sie wie jeden anderen Patienten. Bevor sie sich in Behandlung begab, hatte sie im Bekanntenkreis noch gewitzelt, sie mache einen Feldversuch. Ihr Fazit des ungeplanten Experiments fiel dann weniger humorvoll aus: Die Zustände, die sie erlebt hat, nennt Zegelin „desaströs“.



Die Pflegewissenschaftlerin Angelika Zegelin, 71, ist nach zwei Wochen Betreuung im Krankenhaus sicherer denn je, dass sich in der Pflege dringend etwas ändern muss. FOTO: GPM-FOTO

Eine Realschulpraktikantin habe ihr Heparinspritzen verabreicht und den Verband gewechselt, „eigentlich verantwortungsvolle Tätigkeiten für Fachkräfte“. Gespräche mit den Pflegekräften seien kaum möglich gewesen, sie hätten sich nicht einmal persönlich vorgestellt. Eine besonders unfreundliche Schwester, erzählt Zegelin, habe sie dann doch nach dem Namen gefragt. Antwort: „Das geht Sie nichts an!“

Betten seien nicht frisch bezogen worden. Körperpflege, Waschen, Haare waschen – Fehlzanzeige. Patienten hätten Feuchttücher erhalten, um sich selbst zu pflegen. Die Essensverteilung habe die Cateringfirma übernommen, „die Pflege hatte damit nichts zu tun“. Ebenso wenig mit der nötigen Mobilisierung nach einer OP, darum hätten sich allein die Physiotherapeuten gekümmert, aber auch nur zehn Minuten pro Tag. Niemand sei ins Zimmer gekommen, um zu schauen, ob sie oder ihre beiden Mitpatientinnen etwas bräuchten, Getränke, frische Luft, ein tröstendes Wort. Das Pflegepersonal sei eigentlich immer in Eile gewesen und habe „nur das Allernötigste gemacht“, etwa morgens den Blutdruck und die Körpertemperatur zu messen.

Besonders in Erinnerung geblieben ist Zegelin die Reaktion auf das Betätigen der Klingel über dem Bett. „Komme gleich“, habe stets irgendjemand gerufen. „Aber es kam niemand.“ Einmal hatte sie nachts starke Schmerzen im Fuß, der Strumpf war deutlich zu eng, sie selbst sah sich



So teuer ein Krankenhausaufenthalt auch ist: Die Pflege lässt häufig zu wünschen übrig, wie viele Patienten berichten können. FOTO: RAIMUND KUTTER/IMAGO

Experiment am eigenen Leib

Was sie nach ihrer Hüft-OP im Krankenhaus erlebte, hat die Pflegewissenschaftlerin Angelika Zegelin verstört. Patienten seien weitgehend sich selbst überlassen, rügt die Expertin – und fordert drastische Maßnahmen.

nach der OP nicht in der Lage, ihn auszuziehen. Sie habe mehrfach geklingelt und nach anderthalb Stunden vergeblichen Wartens mit dem Handy die 112 gewählt. Kurze Zeit später sei eine Schwester ins Zimmer gestürzt und „hat mich zur Schnecke gemacht“. Die Ärzte dagegen hätten sie am nächsten Morgen bei der Visite beglückwünscht: „Die sagten: Gute Idee, so spricht sich herum, dass hier Notstand ist.“

Schon vor zehn Jahren hat Zegelin über einen Aufenthalt im Krankenhaus in einem Fachblatt geschrieben. Auch damals lag manches im Argen, aber sie war auch umsichtigen, empathischen Pflegekräften begegnet. Von solchen Lichtblicken berichtet sie dieses Mal nicht. Dass sich jemand aus der Pflege so unverblümt über Missstände in Krankenhäusern oder Heimen äußert wie Zegelin, ist höchst selten. Wenn

kleine oder größere Skandale an die Öffentlichkeit dringen, lautet die Sprachregelung der Branche für gewöhnlich und ohne jeden Beleg: Schuld seien höchstens ein paar schwarze Schafe, die überwältigende Mehrheit der Pflegenden leiste eine hervorragende Arbeit.

Die Pflegewissenschaftlerin Zegelin geht nach ihren ernüchternden Erfahrungen vom Gegenteil aus: Viele Pflegekräfte könnten nur schlechte Arbeit abliefern. Sie wüssten das, und eben deshalb flüchteten so viele aus dem Beruf. Zegelin hat bezweifelt weniger denn je, dass sich dringend etwas ändern muss: in der Pflege, aber auch in Politik und Gesellschaft.

Was ihr bei ihrem Klinikaufenthalt widerfuhr, widerspricht nämlich so ziemlich allen Konzepten, die sie und andere Wissenschaftler in den vergangenen Jahrzehnten

entwickelt haben. Zegelin ist Verfechterin der „sprechenden Pflege“. Dazu gehört vor allem die Pflegeplanung. Also mit Patienten ein Aufnahmegespräch zu führen und herauszufinden, welchen Hintergrund sie haben, was sie von der Behandlung erwarten und erhoffen. Wie bei der ärztlichen sollten auch bei der pflegerischen Behandlung Ziele definiert und deren Einhaltung überprüft werden. Das bedingt, mit den Patienten im Gespräch zu bleiben. Auch die Mobilisierung von Patienten ist ihr von jeher ein Anliegen. Sie sollen nicht den ganzen Tag im Bett verbringen, sondern wann immer möglich von den Pflegekräften aktiviert werden, im Krankenhaus wie im Altenheim. Dann werden sie schneller gesund oder bleiben länger fit.

Wie kann es sein, dass Tätigkeiten, die nicht nur in den Augen der Wissenschaftle-

rin Zegelin den Kern der Pflege ausmachen, eingestellt oder ausgelagert werden? Es ist kein Geheimnis, dass in der Pflege vor allem Fachpersonal fehlt. Den verbliebenen Kräften bleibt immer weniger Zeit, sich um jeden einzelnen Patienten zu kümmern. Der Notstand verstärkt sich selbst: Wenig Personal bedeutet schlechte Arbeitsbedingungen, deshalb verlässt noch mehr Personal den Beruf. In einer aktuellen Umfrage geben 30 Prozent der jungen Fachpflegenden an, der Profession den Rücken kehren zu wollen.

Zegelin fordert, dem unheilvollen Trend endlich mit aller Macht entgegenzutreten. Pflegekräfte, die den Ausstieg erwägen oder längst vollzogen haben, müssten umworben, mit Prämien zurückgelockt werden. Viele Frauen, die mehrere Jahre wegen der Kinder zu Hause geblieben sind,

scheuten die Rückkehr. Ihnen sollte „ein sanfter Einstieg“ ermöglicht werden, flankiert von Förderungen und Patenprogrammen. Auch in Teilzeit oder mit Viertagewoche. Zegelin sagt, schon in den Neunzigerjahren habe sie daran gearbeitet, Frauen zwischen 40 und 55 Jahren zum Wiedereinstieg zu bewegen. Mit Erfolg, etliche seien schnell in der Hierarchie aufgestiegen.

Gleichzeitig plädiert sie dafür, Pflegekräfte am Arbeitsplatz zu entlasten. Zum einen sollten ihnen Assistenzkräfte die Dokumentationsarbeit abnehmen, die gerade das Fachpersonal an den Computer bindet, während die Zeit am Patientenbett fehlt. Zum anderen empfiehlt Zegelin, Angehörige, Freunde und Bekannte der Pflegebedürftigen mehr einzubinden. Sie könnten viele kleine Tätigkeiten übernehmen, Getränke reichen, beim Essen helfen, das Bett beziehen, wie es in anderen Ländern längst üblich ist. Zegelin weiß, dass der Vorschlag in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern nur bedingt auf Gegenliebe stößt. Schließlich ist damit das Eingeständnis verbunden, dass es die Beschäftigten selbst nicht schaffen. Und wenn schon, sagt Zegelin, „im Moment sind die Patienten sich selbst überlassen“.

Lauterbachs Klinikreform hält Angelika Zegelin grundsätzlich für sinnvoll

Die Klinikreform, die Gesundheitsminister Karl Lauterbach anstrebt, hält sie grundsätzlich für sinnvoll. Es sei nötig, Betten und auch ganze Häuser abzubauen, das Personal auf weniger Einrichtungen zu konzentrieren, die dann besser ausgestattet sind. Allerdings sei das Konzept zum Scheitern verurteilt, wenn es keine Lösung für die Nachsorge gibt. Viele Patienten seien nach einem medizinischen Eingriff nicht gleich in der Lage, wieder zu Hause zu leben und sich selbst zu versorgen. Oft verbringen sie noch mehrere Tage im Krankenhaus, belegen dort die teuren Betten und beanspruchen Personal. Was laut Zegelin fehlt, sind Einrichtungen zur Kurzzeitpflege, die rehabilitativ arbeiten, also Patienten auf die Rückkehr in ihren Alltag vorbereiten. Solche Einrichtungen könnten auch in jenen Krankenhäusern entstehen, die eigentlich geschlossen werden sollten.

Zudem würde Zegelin eine zentrale Meldestelle für Patientenerfahrungen befürworten. Zwar gibt es Beauftragte in den Einrichtungen, aber Patienten, die Missstände beklagen, würden sich selten beschweren. Viele wüssten um die strukturellen Probleme der Pflege und wollten ihren Verdross nicht an den noch verbliebenen Beschäftigten festmachen. Zegelin würde sich von so einer Stelle erhoffen, dass sie Beschwerden nachgeht, Probleme identifiziert und Lösungen erarbeitet.

Auch ihr selbst gehe es darum, betont Zegelin, die Situation in der Pflege zu verbessern, sodass Beschäftigte wieder Zufriedenheit finden bei ihrer so wichtigen Aufgabe. Darum geht es auch in ihrem neuen Buch, mit dem sie gerade auf Lesereise ist. Der Titel: „Berufsstolz in der Pflege“.

Pistorius wagt den Konflikt

Erst lehnt der Gesamtpersonalrat die Umstrukturierungspläne des Verteidigungsministeriums brüsk ab. Dann redet der Minister Tacheles.

Berlin – Boris Pistorius selbst findet den Begriff „aufgebläht“ ein unschönes Wort. Aber als er im Amt des Bundesministers der Verteidigung anging, stellte er schnell fest, dass es so nicht weitergehen kann. Das Organigramm des Ministeriums verstehen selbst viele der 3000 Mitarbeiter, davon 1845 zivile, nicht wirklich. Viele lose im Raum hängende Kästchen, Doppelstrukturen, bis zu 30 Mitzeichnungen durch zig Abteilungen für einzelne Vorgänge. Pistorius ging ran an die Strukturen – und stieß auf erwartbaren Widerstand. Aber er will nun unter anderem seine Reform durchziehen, die er im Herbst bei der Bundeswehrtagung angekündigt hatte.

Rund 300 Dienstposten sollen aus dem Ministerium in Unterbehörden verlagert werden. Das soll Strukturen in der Fläche stärken, wo mehr Personal gebraucht wird, um die Bundeswehr fit zu machen für die Herausforderungen durch Russlands Krieg in der Ukraine und die Gefahren für ganz Europa. Das kann Versetzungen bedeuten. Als Ende Januar ein Brief des Gesamtpersonalrats publik wurde, der die Pläne zur Neustrukturierung mit harschen Worten ablehnte, war von einer Meuterei im Ministerium die Rede. Doch viel größer war eigentlich die Zustimmung, aus der Politik und von Experten.

Der Minister will die „Arbeitsfähigkeit des Hauses verbessern“

Wenn man so will, ist drinnen im Apparat auch Herbert Schug ein „Pistorianer“, der seine Hand über die Pläne des Ministers hält. Es treffe nun halt erstmals das Ministerium direkt, da sei es klar, dass es Widerstand gebe. Schug ist Bundesvorsitzender des Verbands der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB). Er sieht im bisherigen System zu viele Redundanzen, ein Hin und Her zwischen den Abteilungen, Entscheidungen, die nicht getroffen wurden. Ganz wichtig sei auch die Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen, sagt Schug, so müssen zum Beispiel Flugplätze auf die neuen F-35-Kampfflotten ausgerichtet und Kasernen modernisiert werden. „Ich kann das nur begrüßen und ich verstehe die ganze Aufregung nicht“, sagt Schug. Es gebe die Zusicherung, dass alle Maßnahmen sozialverträglich vorstattengehen. „Die Alternative wäre, nichts tun. Aber ein Weiteres können wir uns bei der sicherheitspolitischen Lage nicht leisten.“



Gefällt sich in der Rolle des Anpackers: Boris Pistorius. FOTO: FRIEDRICH BUNGET

Pistorius selbst will nicht wackeln, in einer Antwort an den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats, Michael Richter, teilte er freundlich, aber deutlich aus: „Wie Sie wissen, ist die Einnahme der neuen Organisation nicht von Ihrer Zustimmung abhängig“, betont Pistorius in dem Schreiben, das der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Schon gar nicht will er den Vorwurf gelten lassen, hier sei jemand von den Plänen überrumpelt und nicht gehört worden.

Ihm sei bestätigt worden, „dass Sie schon seit Juli 2023 fortlaufend im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit im zweiwöchigen Rhythmus über den Fortgang der Planungen informiert wurden“, schreibt Pistorius. Eine Vielzahl an Anregungen aus den Dienststellen Bonn und Berlin sei aufgenommen und von ihm selbst im persönlichen Gespräch erörtert worden. Er wolle noch einmal klarstellen, „dass Veränderungen aus meiner Sicht nötig sind, um die Arbeitsfähigkeit des Hauses zu verbessern“, so der Verteidigungsminister. Die Veränderungen, wie von Richter vorgeschlagen, „bis nach der Reorganisation der gesamten Bundeswehr oder für Teilmereiche gar bis Januar 2027 zurückzustellen (...), ist deshalb keine Option.“

Aber es rumort nun auch an anderen Stellen. Ein Beispiel: Die Kommunikation zur Zeitenwende soll jetzt zentral über die Redaktion von Bundeswehr.de gebündelt

werden, verantwortlich hierfür ist Pistorius' Sprecher, Michael Stempfle, ein früherer ARD-Journalist. Stempfle teilt auf SZ-Anfrage mit, dass am 1. März ein sechsmonatiger Probelauf starten werde: „Die Redaktion der Bundeswehr soll die Artikel, die aus den Presseinformationszentren der Teilstreitkräfte und anderen nachgeordneten Bereichen für die Seite Bundeswehr.de zugeliefert werden, redaktionell abnehmen und danach veröffentlichen.“ Die Redaktion hat 95 Mitarbeiter, aber trotz der neuen Aufgaben soll es keinen Stellenaufwuchs geben.

Auch an anderen Stellen sind Reformen geplant – und auch dort droht Ärger

Bisher haben zum Beispiel die militärischen Bereiche Luftwaffe, Heer und Marine ihre eigene Hoheit über die Kommunikation und Veröffentlichungen, etwa zu Übungen, Bundeswehrstandorten oder neuen Waffensystemen. Daher ist intern jetzt sogar von „Zensur“ die Rede, hier werde zudem durch die zentrale Abnahme von Texten ein Flaschenhals geschaffen, statt wie bisher schnell und individuell veröffentlicht werden zu können. Dies habe sich gerade bei Auslandseinsätzen oder Großübungen wie „Air Defender“, mit möglichen Auswirkungen auf den zivilen Luftverkehr, als vorteilhaft erwiesen.

Stempfle betont dagegen, die Schnelligkeit solle nicht leiden, nach sechs Monaten werde man Bilanz ziehen. „Ziel ist, neben der Erhöhung der journalistischen Qualität der Artikel, vor allem die Konzentration der redaktionellen Arbeit auf Themen, die mit der Zeitenwende verbunden sind.“ Auch hier will man trotz der Kritik daran festhalten. Pistorius gefallt sich in der Rolle des Anpackers – aber ob die Reformen wirklich viel bringen, bis hin zur stringenter Kommunikation zur Zeitenwende, wird sich noch zeigen müssen.

Die Bundeswehr sei bisher „so unglücklich bürokratisch, dass schnelle Lösungen in diesem Apparat eigentlich gar nicht gehen“, hat zum Beispiel der Militärhistoriker Sönke Neitzel vor Kurzem gesagt. Aber der Verteidigungsminister will zumindest den Konflikt wagen – auch wenn das Ministerium und die Bundeswehr bekannt sind für ihre Beharrungskräfte. „Er hat nun die Katze aus dem Sack gelassen“, formuliert einer aus dem Apparat des Ministeriums. **Georg Ismar**

„Härtetest“ für die Bundeswehr

Eine Fregatte soll helfen, Handelsschiffe vor Angriffen der Huthi zu schützen. Der Einsatz ist gefährlich – und bringt die Marine an ihre Kapazitätsgrenzen.

Berlin – Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Als am Donnerstag um zehn Uhr die Fregatte *Hessen* mit etwa 250 Besatzungsmitgliedern von Wilhelmshaven Richtung Mittelmeer in See stach, war ihre Mission formell noch gar nicht beschlossen. In Brüssel waren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerade noch dabei, im Umlaufverfahren den Beschluss für die Operation „Eunavfor Aspidos“ zu fassen. Wenige Stunden nach dem Auslaufen folgte Vollzug gemeldet.

Ein Mandat des Bundestages für den bewaffneten Einsatz ist allerdings noch in Arbeit. Es steht für den 21. Februar auf der Tagesordnung. Sobald die Mission beschlossen ist, soll die *Hessen* an Ort und Stelle sein. Im Roten Meer soll sie von Ende Februar an mit Einheiten aus anderen EU-Ländern Handelsschiffe vor den permanenten Angriffen der jemenitischen Huthi-Miliz schützen. „Das ist der ernsthafteste Einsatz einer deutschen Marineeinheit seit vielen Jahrzehnten“, sagte der Inspektor der Marine, Jan Christian Kaack, am Donnerstag in Berlin.

„Bewegend“, schrieb die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), im Kurznachrichtendienst X. Sie war nach Wilhelmshaven gekommen, um die Besatzung zu verabschieden. Ihre Nachricht versah sie mit den Worten „Alles Gute“ und drei grünen Kleeblättern. Tatsächlich wird der Einsatz angesichts der schweren Bewaffnung der von Iran hochgerüsteten Huthi-Miliz als außerordentlich gefährlich eingestuft.

„Wir rechnen mit dem gesamten Spektrum von direkten und indirekten Angriffen“, stellte Kaack klar. Das reiche von ballistischen Flugkörpern mit großer Reichweite über Drohnen bis zu „ferngesteuerten Überwasserminen im Kamikazebetrieb“. Die Huthi-Miliz begründet ihren Terror gegen die Handelsschiffahrt mit dem Krieg Israels gegen die Hamas und angeblicher Solidarität mit den Menschen in Gaza.

Im Unterschied zum von den USA geführten Einsatz gegen Stellungen der Miliz soll die Operation Aspidos ausschließlich dem Schutz des Seeweges dienen. Im erweiterten Sinne handele es sich um Landes- und Bündnisverteidigung, betonte Kaack. Freie Handelswege seien „die Grundlage unserer Industrie, aber auch unserer Verteidigungsfähigkeit“. Beteiligt sein werden auch Frankreich, Italien und Griechenland. Gesteuert werden soll die Mission voraussichtlich von der griechischen Stadt Larissa aus. Geplant ist der zeitgleiche Einsatz

von zunächst drei Schiffen. Ihre Aufgabe wird es sein, Handelsschiffe in großer räumlicher Nähe als Goalkeeper (Torwart) vor Beschuss zu bewahren.

Auf die Besatzung der *Hessen* kommt somit ein Einsatz unter den harten Bedingungen des Ernstfalls zu. Die Rede ist von einem „Härtetest“. So wird die Besatzung im „Kriegsmarsch“ fahren. In Sechs-Stunden-Schichten ist in diesem Fall immer die Hälfte der Besatzung im Dienst, um jederzeit schnell reagieren zu können. Dies könne über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden, erklärte Kaack, müsse aber

Die deutsche Marine verfügt nur über drei Schiffe dieses Typs

von „gewissen Ruhephasen“ unterbrochen werden. In jedem Fall sei die Einheit „durchhaltefähig“. Sie soll bis voraussichtlich Ende April im Einsatz sein und dann von einem Schwesterschiff abgelöst werden. Das Bundestagsmandat wird sich voraussichtlich auf ein Jahr erstrecken.

Für die gefährliche Mission ist sowohl die modern bewaffnete Fregatte als auch die Besatzung nach Darstellung von Kaack besonders gut geeignet. „Es war uns von vorneherein klar, dass wir nur eine besonders durchhaltefähige und gut ausgebildete

Einheit dorthin entsenden können. Die *Hessen* ist dieses Schiff“, sagte er. Es gebe keine Einheit in der Deutschen Marine, „die besser vorbereitet, besser ausgebildet und besser ausgestattet ist“.

Auch wegen ihrer jüngsten Einsätze etwa als Flaggship im Rahmen der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF), der sogenannten Speerspitze der Nato, sei die Besatzung gut vorbereitet. Hinzu kämen moderne Radaranlagen und Waffensysteme. Die *Hessen* ist mit Leichtgewichtstorpodos, Spezialflugkörpern, Maschinenkanonen und diversen Flugabwehrkräften ausgestattet. Mit an Bord sind zwei Hubschrauber.

Kaack räumte ein, dass die Marine sich mit dem Einsatz ihrer Kapazitätsgrenze nähert. „Die Decke wird kurz“, sagte er. Großbritannien verfüge über sechs, Frankreich über acht und Italien über zwölf mit der Fregatte *Hessen* vergleichbare Einheiten. Bei der Deutschen Marine seien es insgesamt drei. Sie müsse daher mit ihren „Kräften haushalten“. Normalerweise befinde sich ein Schiff in der Werft und ein weiteres auf dem Weg zur Gefechtsbereitschaft. „Hilfreich“ sei daher ein „moderater Aufwuchs“. Bei der Beteiligung am internationalen Krisenmanagement sei überdies „Priorisierung“ und „Flexibilisierung“ notwendig, um bei Bedarf schnell reagieren zu können. **Daniel Brössler**



Am Donnerstagmorgen brach die Fregatte *Hessen* in Wilhelmshaven zu ihrem Einsatz im Roten Meer auf. FOTO: SINA SCHULDITZ/DPA